



Anke Simon, MdL
Heike Scharfenberger, MdL
Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion

Anke Simon, MdL, Oberstraße 15a, 67065 Ludwigshafen
Heike Scharfenberger, MdL, Maxstraße 65, 67059 Ludwigshafen

Wahlkreisbüro:
67065 Ludwigshafen
Oberstraße 15a
Telefon (0621) 57251330
Telefax (0621) 57251320
wk-buero@anke-simon-spd.de

Wahlkreisbüro:
67059 Ludwigshafen
Maxstraße 65
Telefon 0177 4195 277
Heike.scharfenberger@spd.landtag.rlp.de

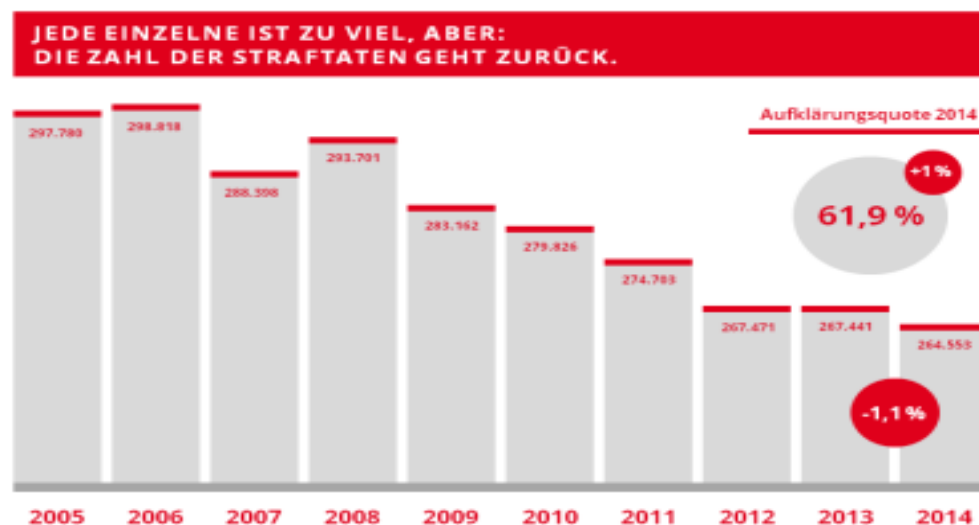
Aktuelle Infos aus der SPD-Landtagsfraktion

20.04.2015

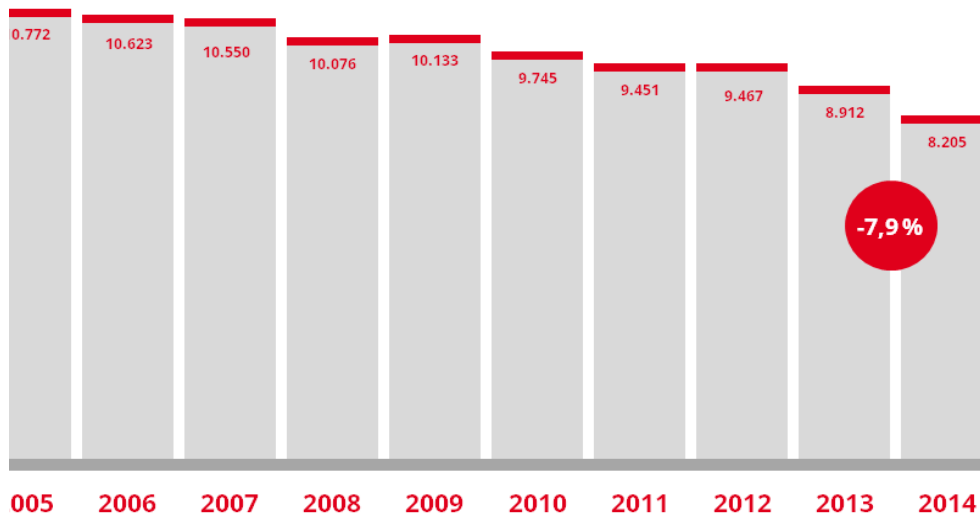
Rheinland-Pfalz wird immer sicherer

Immer weniger Straftaten, immer mehr Aufklärungserfolge durch die Polizei und ein deutlicher Rückgang bei der Gewaltkriminalität: Dies sind die Fakten der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2014, die unser Innenminister Roger Lewentz vorgestellt hat. „Die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz können sich in ihrem Land sicher fühlen“, betont daher unser polizeipolitischer Sprecher, Wolfgang Schwarz. Seit Monaten versucht die CDU-Fraktion, ein Bild von Rheinland-Pfalz an die Wand zu zeichnen, dass die Sicherheitspolitik versagt habe und das Land unsicher sei. Jetzt steht es schwarz auf weiß fest: Die Horrorszenarien sind mit den objektiven Zahlen völlig unvereinbar. Die Opposition sollte endlich aufhören, mit ihren parteitaktischen Manövern für Verunsicherung in der Bevölkerung zu sorgen, nur um sich selbst zu profilieren.

Besonders erfreulich sind die neuen Zahlen zur Gewaltkriminalität, seit Jahren geht sie deutlich zurück. Zwar bleibt jeder Einzelfall einer zu viel. Dennoch zeigt sich, dass die gute Arbeit der Polizistinnen und Polizisten sowie die vielfältigen Präventionsmaßnahmen offensichtlich wirken. Für die SPD-Fraktion ist klar: Der Einsatz für die innere Sicherheit darf nicht nachlassen, stetige Anstrengungen aller Beteiligten sind notwendig.



DIE GUTE POLIZEIARBEIT UND DIE PRÄVENTIONSMABNAHMEN WIRKEN: DIE ZAHL DER GEWALTVERBRECHEN SINKT WEITER.



(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014 / Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz)

LEAPs sollen rheinland-pfälzische Innenstädte attraktiver machen

Mit einem neuen Landesgesetz wollen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN Engagement bei der Aufwertung von Stadtquartieren fördern. In anderen Bundesländern gibt es die sogenannten Business Improvement Districts (BIDs) bereits, nach dem Willen der rot-grünen Koalition bald auch in Rheinland-Pfalz. Die Vorstände der beiden Fraktionen haben die Eckpunkte eines Landesgesetzes für „Lokale Entwicklungs- und Aufwertungsprojekte (LEAP)“, wie die BIDs in Rheinland-Pfalz heißen sollen, bereits beschlossen. Durch das Landesgesetz wird es lokalen Initiativen ermöglicht, in abgegrenzten kommunalen Bereichen wie einzelnen Vierteln, Plätzen oder Straßen eine verpflichtende Abgabe zur Aufwertung des Quartiers zu erheben. Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer betont: „Das geplante Gesetz ist ein Baustein zur Aufwertung von rheinland-pfälzischen Innenstädten. In Absprache mit Wirtschaftsverbänden und mit den Kommunen setzt die rot-grüne Koalition damit einen wichtigen Impuls zur Steigerung der Standortattraktivität.“

Das Gesetz soll Ende April in den Landtag eingebracht werden.

Bürokratieabbau bei Flüchtlingsunterbringung

Die rot-grüne Landesregierung in Rheinland-Pfalz hat beschlossen, dass künftig öffentliche Aufträge zur Ertüchtigung oder Erneuerung von Flüchtlingsunterkünften leichter erteilt werden können. Dazu erklärt unsere integrationspolitische Sprecherin, Ingeborg Sahler-Fesel: „Dieser Schritt ist eine praktische Hilfe vor allem für die rheinland-pfälzischen Kommunen. Die Städte und Gemeinden können künftig schneller und unbürokratischer Flüchtlingsunterkünfte renovieren, herrichten oder in Schuss

bringen lassen. Einer raschen menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge wird damit der Weg bereitet.“

Künftig soll es möglich sein, viele Vergaben bis zu einer Auftragshöhe von einer Million Euro freihändig zu vergeben oder nur eine „beschränkte Ausschreibung“ durchführen zu müssen. Diese Vereinfachungen sollen ermöglicht werden für die Herichtung von vorhandenen Gebäuden der Kommunen, des Bundes oder des Landes zur Unterbringung von Flüchtlingen. Erleichterungen gibt es ferner beim Ankauf von Wohngebäuden für die Nutzung durch Flüchtlinge und bei der Errichtung von Gebäuden in Modulbauweise

Fortsetzung der KVR auf dem Weg

Auf Initiative unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer wurde nun das weitere Vorgehen zur Fortsetzung der Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR) vereinbart. In ihrer Regierungserklärung am 31. Januar 2013 hat sie die Eckpunkte skizziert, die nun Grundlage für das weitere Vorgehen wurden. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion hat Rot-Grün auf dieser Basis den Auftrag für gutachterliche Untersuchungen zur Fortsetzung der KVR verabredet. Wir streben an, auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens Rheinland-Pfalz demografiefest zu machen. Dafür soll es eine umfassende Aufgabenkritik der einzelnen kommunalen und staatlichen Ebenen geben.

Für die SPD-Fraktion ist es wichtig, dass die Zuständigkeiten, Aufgaben und Leistungen aller Verwaltungsebenen überprüft werden. In dem Gutachten soll es auch um Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung und die Auswirkungen der digitalen Revolution gehen. Die avisierten Gutachten sollen unter Federführung der Verwaltungswissenschaftler Professor Jan Ziekow und dem Wirtschaftswissenschaftler Professor Martin Junkernheinrich erarbeitet werden. Die Themenbereiche umfassen unter anderem demografische Entwicklung, Finanzen, Organisation und Gesetzesfolgenabschätzung für die kommunalen Ebenen und die Landesverwaltung sowie Bürgerbeteiligung.

Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer führte dazu aus: „Änderungen – das ist für uns klar – können nur in enger Abstimmung mit den Kommunen vorgenommen werden. Ich bin auch auf die Reaktion der CDU-Fraktion gespannt, wenn es um die Umsetzung nicht immer populärer Vorschläge geht. Bisher hat sie sich immer weggeduckt, statt Positionen zu beziehen und Verantwortung zu übernehmen.“

Die SPD-Fraktion bei Facebook

Nachdem wir bereits im Januar mit einem eigenen Profil beim Kurznachrichtendienst Twitter gestartet sind, informieren wir nun auch im sozialen Netzwerk Facebook über unsere parlamentarische Arbeit und aktuelle landespolitische Themen. Es gibt viele Fotos, Grafiken, knackige Zitate und Berichte zu entdecken. Anders als bei der Kommunikation über klassische Kommunikationskanäle wie die Fraktions-Website oder Pressemitteilungen der Fraktion soll der Facebook-Auftritt auch ein Dialogangebot an Bürgerinnen und Bürgern sein, die sich in sozialen Medien nicht nur über politische Themen informieren, sondern sich auch darüber austauschen möchten.

Der Dialog hat für die SPD-Fraktion bereits jetzt hohe Priorität. So diskutieren wir zurzeit auch im Rahmen unseres Zukunftsdialogs mit Bürgerinnen und Bürgern über die Themen von morgen. Als niedrigschwelliges Dialog- und Beteiligungsangebot bietet der Facebook-Auftritt nun die Möglichkeit, diesen Dialog im Netz fortzusetzen. Viele Abgeordnete unserer Fraktion nutzen bereits eigene Facebook-Seiten und Profile, um mit den Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis in Kontakt zu bleiben. Die Erfahrung zeigt: Viele nutzen die Möglichkeit, über die sozialen Medien mit den Abgeordneten direkt in Kontakt zu treten und ihre Anliegen vorzutragen.

Die Facebook-Präsenz der SPD-Fraktion findet man unter:
<https://www.facebook.com/SPDFraktionRLP>

Das Twitter-Profil der SPD-Fraktion findet man unter:
<https://twitter.com/spdfraktionrlp>

Wir wünschen Euch eine schöne Woche

Gruß Heike und Anke